

Putins Russland

Margareta Mommsen

Veranstaltung vom 13. November 2007



Akademiegespräche
im Landtag

Akademie für
Politische Bildung
Tutzing



Putins Russland

Gedruckt mit Unterstützung des
Förderkreises der Akademie für Politische Bildung e.V.

Impressum

Tutzing/München 2008

Herausgeber:

Bayerischer Landtag

Abteilung Parlamentarische Dienste

Maximilianeum, 81627 München

www.bayern.landtag.de

Akademie für Politische Bildung

Buchensee 1, 82327 Tutzing

www.apb-tutzing.de

Begrüßung

Peter Maicher

Direktor des Bayerischen Landtags

Einführung

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Akademie für Politische Bildung Tutzing/

Universität Passau

Vortrag

Putins Russland

Prof. Dr. Margareta Mommsen

Auszüge aus der Diskussion

Peter Maicher

Direktor des Bayerischen
Landtags

Begrüßung

Guten Abend, meine Damen und Herren. Zum heutigen Akademiegespräch heiße ich Sie als Direktor des Landtags namens des Parlaments, namens des Präsidenten Alois Glück und natürlich auch persönlich sehr herzlich willkommen. Das Akademiegespräch findet heute zum 31. Mal statt, aber zum ersten Mal hier in unserem neuen Plenarsaal. Eine vorübergehende Maßnahme: Seit Ende Juli wird unser gewohnter Veranstaltungsort, der Senatssaal, von Grund auf renoviert, umgestaltet, den Erfordernissen eines modernen Tagungsraums angepasst. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich im Sommer 2008 abgeschlossen. Bis dahin dient dieser Plenarsaal sozusagen als „Ausweichquartier“ für Vortragsveranstaltungen wie dieses unser heutiges Akademiegespräch. Diese fundierte Begegnung von Politik und Wissenschaft ist hoffentlich auch in der neuen räumlichen Umgebung wie immer für beide Seiten befruchtend. Und ich danke dem Vater dieser Begegnung, dem Direktor der Akademie, Herrn Professor Heinrich Oberreuter, einmal mehr namens des gesamten Landtags für das kon-

struktive und anregende Zusammenwirken. Herzlichen Dank, Herr Professor!

Die Akademiegespräche sind nicht, Sie sehen es, einem kleinen Zirkel vorbehalten. Sie beziehen die Öffentlichkeit ausdrücklich mit ein, und die überaus positive Resonanz, der sehr gute Besuch heute abend, zeigt, dass eine solche Öffnung gut und wichtig ist. Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie alle sehr herzlich. Besonders hervorheben darf ich die Mitglieder des Parlaments, den Vorstand der Stiftung Maximilianeum; also unseren Hausherrn, Herrn Hanspeter Beißer; die Repräsentanten des Konsularischen Korps, die Damen und Herren der Ministerien, der Gerichte und der Obersten Behörden; unter ihnen die ehemalige Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs, Frau Huther; sowie die Vertreter der Universitäten, Hochschulen, Akademien und Schulen und nicht zuletzt natürlich die Vertreter der Medien.

Zuletzt, aber besonders herzlich, begrüße ich Sie, unsere Referentin, Frau Professor Dr. Margareta Mommsen. Sie erlauben, dass ich

Sie kurz vorstelle. Frau Professor Mommsen hat einen besonderen Bezug zu diesem Haus. Sie ist Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Maximilianeum. Schon das ist ein Grund, sie einzuladen, aber wir haben noch einen ganz anderen, einen ganz aktuellen. Doch zurück zur Vorstellung. Frau Professor Mommsen studierte Politikwissenschaft und Osteuropäische Geschichte in Brüssel und Heidelberg. Nach Promotion und Habilitation war sie zunächst Professorin für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr Hamburg und dann, von 1989 bis 2003, Inhaberin eines Lehrstuhls an der Ludwig-Maximilians-Universität München, eines Lehrstuhls, der einen genauso komplizierten Namen trägt, wie die Materie kompliziert ist; der Lehrstuhl heißt „Lehrstuhl für politische Systeme Osteuropas und der Nachfolgestaaten der Sowjetunion, Systemvergleich und Systemwandel“. Dass Sie, Frau Professor Mommsen, zu den besten Kennerinnen des politischen Systems Russlands gehören, belegt auch die Vielzahl der Publikationen, die Sie zu diesem Themenkomplex bisher vorgelegt haben. Sie

haben diese Titel ja in der Einladung lesen können: Ich nenne nur „Wohin treibt Russland?“ oder „Wer herrscht in Russland?“ und natürlich auch Ihr jüngstes, gestern in der FAZ besprochenes Werk, „Das System Putin“, das heuer in einem Münchner Verlag erschienen ist. Unser Thema ist von besonderer Aktualität. Zum Einen hat sich in diesen Tagen die Oktoberrevolution zum 90. Mal gejährt; ein Ereignis mit entscheidender Bedeutung für die Geschichte des 20. Jahrhunderts. Und zum Zweiten, das ist natürlich der eigentliche Anlass für den heutigen Abend, finden im Dezember in Russland Parlamentswahlen statt. Dabei wird Präsident Putin als Spitzenkandidat der Partei „Einiges Russland“ antreten und nicht umsonst werden diese Wahlen bereits als „Putin-Plebiszit“ bezeichnet. Putins aktuelle und wohl auch künftige Machtfülle wird von unseren führenden Medien kritisch, skeptisch, gesehen. Es gibt wohl kaum einen Bericht aus den letzten Wochen, der nicht schon in der Überschrift den Namen Putin erwähnt. Ich nenne als einige wenige Beispiele nur die Frank-

furter Allgemeine Zeitung, die in deutlicher Anlehnung an das zaristische Russland von „Väterchen Putin“ spricht, oder die ZEIT, die Putins Machtspielen eine eingehende Analyse gewidmet hat. Die Süddeutsche Zeitung wiederum erinnerte vor zwei Wochen in einer großen Überschrift an ein Interview, in dem der Leiter der russischen Wahlkommission festgestellt hatte, „Präsident Putin hat immer Recht“. Ist das so, Frau Professor Mommsen? Der Titel Ihres heutigen Vortrags, „Putins Russland“, verspricht jedenfalls einiges an Spannung, und wir freuen uns also sehr auf Ihren Vortrag. Vorher darf ich aber das Wort und die weitere Regie an diesem heutigen Abend an Herrn Professor Oberreuter weitergeben. Ich wünsche uns allen einen anregenden Abend.

Prof. Dr. Dr. h.c.
Heinrich Oberreuter
Akademie für Politische Bildung
Tutzing / Universität Passau

Einführung

Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, lieber Herr Mommsen! Ich begrüße Sie besonders herzlich und bin Ihnen dankbar, dass Sie heute abend Ihre Frau mitgebracht haben; die wird heute dringend im Landtag benötigt. Frau Mommsen, dass Sie sich von Ihrem Mann haben überzeugen lassen, heute abend mitzukommen, ist ein besonderes Kompliment wert. Ich freue mich, dass Sie da sind. Lieber Herr Maicher, ich freue mich auch, dass Sie einmal bei unseren Akademiegesprächen den „Maître de Plaisir“ geben dürfen, denn Sie und Ihre Mitarbeiter haben die Arbeit damit. Ich pflege mich immer höflich bei den Präsidenten zu bedanken, die präsidieren, während die Direktoren – ich weiß das aus eigener Erfahrung – arbeiten. Deswegen ein ganz besonders herzlicher Dank an Sie und Ihre Mannschaft für dieses nun doch zehn Jahre währende Miteinander mit beeindruckenden Veranstaltungen, die ja fast alle im Druck nachlesbar sind, bis hin zu einer Rede von Lech Walesa. Meine Damen und Herren, Herr Maicher hat schon fast alles

gesagt. Frau Mommsen wird noch mehr sagen. Ich kann mich kurz fassen und erinnere mich am Eingang dieses Abends an ein Gespräch mit einer aufgeklärten jungen Dame, Angestellte einer politischen Stiftung der Bundesrepublik, mit der ich mitten im Jelzin-Chaos in Moskau sprach. Sie sah mich an und sagte: „Es muss doch einen geben, in diesem großen Land, der regieren und Ordnung schaffen kann. Wir wissen es nur noch nicht. Wahrscheinlich ist er schon geboren.“ Meine Damen und Herren, in dem Augenblick habe ich begriffen, welche politisch-kulturellen Voraussetzungen es eigentlich braucht, um eine halbwegs funktionsfähige rechtstaatliche Demokratie aufzubauen. Messianische Hoffnungen gehören nicht zu diesen Voraussetzungen, die liegen wo ganz anders. Und ich glaube, dass das Defizit einer politischen Kultur, die Demokratie tragen oder Demokratie hervorbringen kann, das entscheidende Problem ist, mit dem wir uns in der Außenansicht auseinander setzen müssen. Ich habe aber in einer anderen Konferenz in Moskau, als das Weiße Haus belagert und beschossen worden

ist, erlebt, wie russische Intellektuelle einem entgegenhielten, man müsse „seinen eigenen Weg zur Demokratie gehen“. Das ist immer richtig, die Frage ist natürlich nur: Wenn ein eigener Weg quasi aggressiv verteidigt wird, im Bestehen darauf, alles das, was wir praktisch und theoretisch über Voraussetzungen eines offenen Parlamentarismus und einer offenen Gesellschaft wissen, auf die Seite schieben zu können, dann wird auch das Beschwören des eigenen Weges fragwürdig.

Ich erinnere mich an einen Kommentar, den ich vor Jahren im Rundfunk gesprochen habe, als ich nach der ersten Wahl Putins die These vertrat: „Ins Amt gebracht haben ihn die Oligarchen und jetzt muss man sehen, ob der Weg zur Demokratie eingeschlagen werden kann; und zwar auch dadurch, dass diese Oligarchen auf einen angemessenen Einfluss zurückgeschnitten werden können“. Meine Damen und Herren, das ist in einer exorbitanten Weise passiert. Es sind die Oligarchen nicht nur zurückgeschnitten worden, sie sind geradezu entrechtet worden. Das habe ich natürlich auch nicht

gemeint und das sind auch nicht die Spielregeln, von denen wir ausgehen. Wir haben also an dieses System und an seine prominenteste Herrscherfigur innenpolitische Anfragen; wir haben Fragen nach dem Funktionieren eines offenen Medien-, Parteien- und Parlamentssystems; wir haben Anfragen an die Verlässlichkeit einer Verfassungsordnung, die man ja verändern kann, auch inhaltlich, formal sowieso. Aber was im Augenblick stattfindet, erscheint doch höchst problematisch.

Wir haben auch Anfragen an die Stellung, die Position, die Forderungen Russlands in der Außenpolitik. Das bedeutet nicht, dass nur eine schwache Rolle legitim wäre als Antwort auf den Verlust der ideologischen Ost-West-Auseinandersetzung und der Sowjet-Entmächtigung, die damit einherging. Ich habe volles Verständnis dafür, dass ein Land wie Russland die Augenhöhe mit Amerika anstrebt; und ich habe kein Verständnis dafür, dass der eine oder andere im Westen sagt, das sei eigentlich Anmaßung. Diese Anmaßung gibt es nicht. In der internationalen Politik muss jeder seine

Rolle finden und Russland ist ein großes Land. Ich muss aber auch sagen: Als wir bei der Münchner Sicherheitskonferenz die Rede Putins hörten, in der er sozusagen mit den Jahren vorher aufgeräumt und einen deutlichen legitimen Anspruch auf Rückkehr ins Konzert der Großen angemeldet hat, da ist einem bei der einen oder anderen Formulierung doch ein bisschen das Blut erstarrt. Im übrigen auch bei der These, mit dem Fall Politkowskaja werde man so umgehen, wie man immer solche Fälle löst in Russland. Ich habe den Eindruck, dass man in der Tat damit so umgegangen ist, wie man solche Fälle löst, denn gelöst ist er nicht und das sind legitime Anfragen, die übrigens damals auf der Konferenz im wesentlichen amerikanischen Senatoren und nur ein, zwei deutsche Journalisten gestellt haben. Ich höre, dass bei den Petersburger Gesprächen der Schein intensiver sein soll als das Sein.

Ich setze mich gelegentlich auseinander mit meinem Freund Igor Maximytschew, der in der Nacht, als die Mauer fiel, in Ost-Berlin sorgsam vermieden hat, in Moskau anzurufen, damit dort

niemand auf abwegige Gedanken kommt. In den vielen Gesprächen mit ihm über die Jahre hinweg merke ich auch Veränderungen, die nicht aggressiv sind, die aber doch im wesentlichen auf außenpolitische Rollen hindeuten, die man aus dem zaristischen Russland und seinen Interessen schon kennt.

Es gibt also viele interessante Facetten. Die Energiepolitik habe ich überhaupt noch nicht erwähnt. Ich staune immer wieder über die Naivität deutscher Analytiker, die mit den machtpolitischen Kategorien des 19.

Jahrhunderts ihre Analysen ansetzen. In Amerika käme das nicht vor. Denken Sie daran, dass eine hoch technologisierte Gesellschaft wie diese nicht mit Militärmacht in die Knie gezwungen werden muss; es genügt völlig, die Energiemacht einzusetzen. Wir wollen hoffen, dass das nicht passiert. Es gibt auch keinen Grund für aktuelle Befürchtungen. Aber es gibt doch durchaus russische Ansätze, dieses Instrument in der unmittelbaren näheren Nachbarschaft einzusetzen. Meine Damen und Herren, es gibt tausend wichtige Probleme, es gibt

eine Dame im Saal, die sie alle beantworten kann, das ist Frau Mommsen. Ich bitte sie um das Wort.

Prof. Dr. Margareta Mommsen

Putins Russland

Vortrag

Spricht man von Putins Russland, so verbinden sich damit spontan die folgenden Vorstellungen: größter Flächenstaat der Erde, Energiegroßmacht – wenn nicht Energiesupermacht –, eine Vetomacht im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, ein Land mit einem großen Atomwaffenarsenal, kurzum ein Land von weltpolitischer Statur. Mit Putins Russland verbindet sich auch die Vorstellung von einem autoritären politischen System, dessen Führung in der Welt immer selbstbewusster und aggressiver auftritt; sei es gegenüber den USA, sei es gegenüber der EU. In erster Linie ist es Präsident Wladimir Putin höchstpersönlich, der im Ausland die Interessen und Ansprüche Russlands vehement vertritt und der zuhause das politische Feld souverän beherrscht. So gesehen verkörpert Putin schlechthin die ganze staatliche Macht. In der Bevölkerung beläuft sich die Zustimmung zu ihm beständig auf 70 bis 75, gelegentlich bis 80 Prozent. Russische Soziologen sprechen von einem „monozentrischen“ System. Da nun Kraft Verfassung im März 2008 ein neuer Präsident an Putins Stelle

treten soll, stellt sich die Frage, wie der Träger eines so stark personalisierten Systems das höchste Staatsamt überhaupt abgeben kann und wie er zugleich, er hat dies betont, weiterhin die Politik beeinflussen will, ohne die Autorität des Nachfolgers zu beeinträchtigen. Ein offenkundig unauflösbares Dilemma.

Ich möchte in meinem Referat den Schwerpunkt auf diese Problematik und auf die möglichen Szenarien der Stabübergabe legen. Dies soll vor dem Hintergrund einer kurzen Skizze der Grundstrukturen des Systems Putin geschehen. Die schon angelaufenen Bemühungen, den Wechsel in der Präsidentschaft auf den Weg zu bringen, werfen ein besonders grelles Licht auf die typischen Schwachstellen des politischen Regimes und die daraus resultierenden erheblichen Risiken für den Machtwechsel an der politischen Spitze.

Welchem Systemtyp ist Putins Russland zuzuordnen? Welche Begriffe sind dafür in Mode gekommen und wie verhält sich die Verfassungsrealität zu der in der geltenden Verfassung niedergelegten Herrschaftsordnung?

Die russische Verfassung vom Dezember 1993 begründet ein semipräsidentielles Regierungssystem nach dem Muster der fünften französischen Republik. Diesem Modell zufolge war in Russland die Entstehung eines semipräsidentiellen Regimes zu erwarten, d.h. ein Regime mit einem starken Präsidenten, mit einem eher schwachen Parlament und mit einer Regierung, die auf einer parlamentarischen Mehrheit fußt und die sich aus Vertretern politischer Parteien zusammensetzt. Schauen wir auf die Verfassungspraxis, so finden wir nichts dergleichen. Die Macht des Präsidenten überragt bei weitem das Gewicht aller anderen Staatsorgane. Das Ministerkabinett wird nicht aus Parteien gebildet. Die heutige Kremlpartei „Einiges Russland“ wird zwar regierende Partei genannt, sie regiert jedoch nicht und sie wurde noch bei jeder Regierungsumbildung und -neubildung von Präsident Putin vollkommen übergangen und dies, obwohl seit den Dumawahlen im Dezember 2003 das „Einige Russland“ über eine Zweidrittelmehrheit verfügt.

Die Ursachen für den raschen

Verlust der semipräsidentiellen Verfassung sind vielfältig: Es fing damit an, dass über die Ausgestaltung der Verfassung ein wahrhafter Krieg entbrannt war zwischen dem Parlament und dem Präsidenten Jelzin. Nach dem prekären gewaltsamen Sieg über das Parlament im Oktober 1993 war Jelzin erst recht bemüht, die neue Verfassung eher als präsidentielles denn als semipräsidentielles System auszulegen. Diese Tendenz wurde durch den Ausgang der ersten Parlamentswahlen im Dezember 1993 noch bestärkt. Die demokratischen Kräfte schnitten schwach ab, so dass Jelzin davon Abstand nahm, eine Regierung aus Parteienvertretern zu bilden. Das Modell technokratischer Präsidialkabinette hat sich bis zum heutigen Tag erhalten. Ohne Übernahme von Regierungsverantwortung gelang es den neuen Parteien nicht, sich in der Gesellschaft zu verwurzeln. Hinzu kam das fatale kulturelle obrigkeitsstaatliche Erbe. Es bewirkte, dass die Präsidenten, erst Jelzin und dann Putin, davon ausgingen, dass in Russland ein präsidentielles System entstanden sei, was von der Ver-

fassung überhaupt nicht gedeckt ist. Beide betonten gerne, dass „Russland an Zaren und Führer gewohnt sei“. Zu diesem Credo fügte sich eine sehr starke Parteienprüderie hinzu. Jelzin befürchtete, ich glaube nicht ganz zu Unrecht, dass, wenn man eine Präsidentenpartei gründen wollte, diese über kurz oder lang sehr schnell der alten KPdSU ähneln würde. Putin stand nicht an, wiederholt die Entwicklung eines Mehrparteiensystems als wichtiges Merkmal der Demokratisierung einzufordern. Gleichzeitig tat er alles, um Parteien durch ihre künstliche Schaffung von oben und durch permanente Gängelung durch die Präsidialadministration in Unmündigkeit zu halten und aus dem politischen Prozess fernzuhalten. Putin legte wiederholt eine geradezu krankhafte Phobie gegenüber den grundsätzlichen Unwägbarkeiten eines freien Parteienwettbewerbs an den Tag. Mehrfach führte er das Ergebnis der letzten deutschen Bundestagswahlen oder neuerdings die Schwierigkeiten der Regierungsbildung nach den Parlamentswahlen in Belgien als abschreckende Beispiele für die

aus seiner Sicht allgemeine Instabilität solcher Systeme an. Im Hinblick auf die deutschen Bundestagswahlen sagte er mehrfach, daß da plötzlich „eine kleine Partei von links“ dahergekommen sei und schon kollabiere praktisch das ganze System. Er erweckte tatsächlich den Eindruck, das große stabile Deutschland stehe plötzlich am Rande des Abgrunds und nur, so wörtlich, „die politische Kultur von Gerhard Schröder und auch von Frau Merkel“ hätten Deutschland vom Abgrund gerade noch zurückgehalten. Diese Äußerungen zeigen doch sehr deutlich Putins Phobien gegenüber einem Parteiensystem. Zu den wenigen ranghohen russischen Akteuren, die das semi-präsidentielle Profil der Verfassungsordnung immer wieder hervorheben, gehört der Präsident des russischen Verfassungsgerichts Walerij Sorkin. Im Übrigen wurde zwischen September 1998 und Mai 1999 eine reale Annäherung an das Verfassungsideal erreicht. Das war die Regierungszeit, nur acht Monate lang, des Premierministers Jewgenij Primakow. Angesichts der im Gefolge der Finanzkrise im

Sommer 1998 eingetretenen Führungsschwäche Jelzins war es der Duma damals gelungen, ihr Machtpotential, das es durchaus gibt, voll zur Entfaltung zu bringen. Primakow wurde vom Parlament mit großer Mehrheit als Regierungschef bestätigt, er leitete eine faktische Allparteienregierung mit breiter Unterstützung der Duma. Es wurde deutlich, dass es nicht, wie sehr häufig behauptet, an der Verfassung lag, dass sich in der Realität ein superpräsidentielles Regime herausbildete.

Unter Jelzin wurde es üblich, die Verfassungsrealität als superpräsidentielles System zu bezeichnen. Unter Präsident Putin kamen andere Begriffe in Mode. Während westliche Politologen von einem „hybriden“ oder einem „Grauzonenregime“ und auch von einem „autoritären“ und sogar „autokratischen System“ sprechen, hat sich in Russland selbst der von einem Publizisten geprägte Begriff der „gelenkten Demokratie“ behauptet. „Uprawljajemaja demokratija“, das heißt eigentlich wörtlich „die lenkbare Demokratie“. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass sich das Regime zwar demokratischer

Formen und Verfahrensweisen bedient, wie eben eines Parlaments und regelmäßiger Wahlen, diese aber zugleich lenkt und kontrolliert. Wladislaw Surkow, eine Art Chefideologe des Kreml, hat das System gar zu einer „souveränen Demokratie“ hochstilisiert. Im Kern geht es dabei um den von Ihnen, Herr Oberreuter, schon erwähnten Anspruch auf einen historischen Sonderweg entsprechend der russischen Idee mit eigenen Werten und Institutionen. Zugleich soll aber auch dieses Konzept der souveränen Demokratie jedwede Kritik des Auslands am russischen Regime abwehren. Putin selbst sprach wiederholt von einer, ich zitiere, „den Verhältnissen, Traditionen und Sitten Russlands notwendig angepassten Demokratie“. Neuerdings rekurriert er öfters auf den Begriff eines „handgesteuerten Systems“. Kürzlich, am 18. Oktober, meinte er gegenüber Journalisten im Anschluss an seine große Bürgeraudienz, dieses „handgesteuerte System muß noch 15 bis 20 Jahre dauern. Erst dann kann das System automatisch funktionieren“. Damit gab er sich überzeugt, dass der politische Prozess

weiterhin der Lenkung und der ad hoc-Korrekturen von oben bedarf.

Was sind die Grundstrukturen dieses Systems? Ich nenne es das „System Putin“. Bei genauerer Hinsicht zeigt sich, dass dieses System aus einer Mischung von autokratischen, oligarchischen und marginal demokratischen Elementen zusammengesetzt ist, wobei das oligarchische Element dominiert. Die autokratischen Merkmale des Systems kommen in der strengen Kontrolle des Kreml über alle staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen zum Ausdruck. Es gibt dafür einen offiziellen Begriff, nämlich „die Vertikale der Macht“ oder auch kurz nur „die Vertikale“. Darunter versteht man eine strikte Kommandokette, die sich vom Kreml ausgehend über alle staatlichen Organe im Zentrum und in den Regionen erstreckt. Die beiden Kammern des föderalen Parlaments wurden unter Kuratel des Kreml gestellt. Der Föderationsrat – eine Art Länderkammer – wurde bereits im Jahr 2000 in eine Kammer bloßer Delegierter anstelle der früher ex officio vertretenen Gouverneure und Regionalparla-

mentsvorsitzenden umgestaltet. Der Föderationsrat wurde so vollkommen entmachtet. Er hat seine während der Jelzin-Zeit starke und effektive Veto-Macht eingebüßt. Die Staatsduma wurde aufgrund von Wahl- und Parteienmanipulationen nach und nach in ein gefügiges Werkzeug des Kreml verwandelt und den Geist des Gehorsams hat unübertroffen der Parlamentssprecher Boris Gryslow zum Ausdruck gebracht, als er im Oktober 2005 die Abgeordneten darüber belehrte, „dass das Parlament kein Platz für Diskussionen sei“.

Zur Vertikale der staatlichen Macht tritt die Vertikale der Gesellschaft hinzu. Das bedeutet, dass Parteien, Medien, Nichtregierungsorganisationen ebenfalls unter strenger Kontrolle des Kreml stehen. Politische Parteien werden entweder von oben gegründet oder sie werden einfach kooptiert. Das gilt zum Beispiel für die kommunistische Partei. Hinzu treten vom Kreml kreierte Jugendorganisationen, wie die „Naschi“ das heißt „die Unsrigen“. Sie wurden nach der orangenen Revolution in der Ukraine zu dem Zweck geschaf-

fen, um auch nur erste Ansätze einer möglichen orangenen Revolution in Russland hintanzuhalten.

Eine besonders negative Wirkung auf das gesellschaftliche und politische Leben hat die strikte Kontrolle über die Medien. In den Printmedien gibt es noch Inseln der Meinungsfreiheit, aber die Fernsehkanäle stehen unter strenger Aufsicht der Präsidialadministration. Im Fernsehen ist auf diese Weise eine Art „paralleles Universum“ entstanden, so haben es russische Soziologen genannt, und in dieser künstlichen Welt unterbleibt zu allererst Kritik an der politischen Führung. Eine Reihe von Themen sind tabuisiert. Dazu gehören Exzesse militärischer Gewalt in Tschetschenien oder Korruption in höchsten Regierungskreisen. Journalisten, die sich außerhalb des medialen Paralleluniversums und seiner Tabuzonen bewegen, begeben sich persönlich in Gefahr. Die Ermordung von Anna Politkowskaja steht als ein Menetekel für derartige Risiken. Neben den autokratischen Merkmalen zeichnet sich das System Putin durch oligarchische Strukturen aus. Letztlich sind es näm-

lich kleine Zirkel um Putin und seine Vertrauten und informelle Gruppierungen, die in den höchsten Etagen der Macht die eigentlichen politischen Entscheidungen treffen. Es sind grundsätzlich intransparente Vorgänge, doch sickern hinreichende Informationen in der regierungskritischen Presse und im Internet durch. Man weiß also Bescheid über das Auf und Ab und über die Rivalitäten zwischen diesen informellen Krem-Gruppen. Man nennt ihr Verhältnis einen „Apparatepluralismus“ und dieser Apparatepluralismus hat seinen Ursprung darin, dass in Ermangelung der in Demokratien typischen politischen Rekrutierung von Spitzenpolitikern aus Parteien dies in Russland nicht der Fall ist. Vielmehr werden die Inhaber der höchsten Regierungämter von Putin selbst unter seinen persönlichen Berufs- und Lebensgefährten, meist aus St. Petersburg, ausgesucht. Die Mehrheit sind Vertreter der Geheimdienstorgane, also des früheren KGB, heute FSB, oder aber einfach nur Studienkollegen der juristischen Fakultät oder auch Kollegen aus der Stadtverwaltung von St. Peters-

burg und persönliche Freunde und dann gibt es auch noch die Freunde der Freunde.

Bei aller Unterschiedlichkeit der vom Präsidenten herangeholten Führungsfiguren lassen sich grob zwei Richtungen unterscheiden: die einen mit wirtschaftsliberalen Tendenzen, Technokraten; und die anderen, die Geheimdienstler. Diese gelten als politische Falken und Anhänger eines autoritären Systems. Sie werden „Silowiki“ genannt, das kommt von dem Wort „sila“, die Kraft, die Macht und ist davon abgeleitet, oder sie werden einfach auch „Tschekisten“ genannt, von dem Begriff „Tscheka“, so hieß unter Lenin die außerordentliche Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution und der Sabotage. „Tscheka“, „Tschekisten“, jeder weiß sofort, was darunter gemeint ist. Abgesehen von den richtungspolitischen Unterschieden unter Putins Mandarinern gilt für sie alle, dass sie von ihrer Herkunft her keine Politiker sind, sondern Staatsbeamte, „Tschinowniki“ auf russisch. Dessen ungeachtet haben nicht wenige unter ihnen das Management wirtschaftlicher Großunternehmen als eine sehr lohnenswerte

parallele Karriere entdeckt. Der auf Stärkung der Rolle des Staates in der Wirtschaft unter Putin ausgerichtete Kurs bietet für solche Ambitionen wahrhaft glänzende Gelegenheiten; ich erwähne nur den Fall Jukos. Mittlerweile lassen sich die Kremlgruppen weniger nach Herkunft einteilen, sondern nach ihrer Verbindung zu unterschiedlichen Staatskonzernen: Gasprom, Rosneft, Rüstungssektor, russische Eisenbahn. Rivalitäten zwischen diesen Unternehmerbürokraten bleiben nicht aus. Putin hat immer wieder als oberster Feuerwehrmann die kommerziellen Konflikte unter seinen Jüngern einzudämmen. Und der Präsident muß ständig für einen permanenten Ausgleich unter diesen rivalisierenden Gruppen sorgen, um nicht durch einseitige Bevorzugung einer Gruppe zu deren Geisel zu werden. Bei allen Rivalitäten untereinander befinden sich alle Führungsriege gegenüber dem Präsidenten in loyaler Gefolgschaft. Sie schätzen das hohe Gut der allgemeinen Beliebtheit des Staatsoberhauptes als den einzigen wahren Stabilitätsanker des Regimes und als Grundlage der eigenen para-

sitären Mitherrschaft. Im Vorfeld der möglichen Ablöse des Präsidenten spitzen sich die Verteilungs- und Machtkämpfe zwischen den verschiedenen informellen Kremlgruppen weiter zu. Hinzu kommt, dass das geheime Machtkartell oder, wie Lilija Schewzowa, eine herausragende russische Politologin, es genannt hat, das „oligarchische Konglomerat“, nicht nur Unternehmerbürokraten, sondern auch bekannte Schwergewichte aus der Wirtschaft umfasst, so genannte Oligarchen alten und neuen Typs. Viele Industriekapitäne und Unternehmerbürokraten sind entweder an der Propagierung ihres eigenen Kandidaten für die Nachfolge Putins interessiert oder, noch einfacher, an einer dritten Amtszeit Putins. Man nennt sie deshalb „die Partei der dritten Amtszeit“. Ihr steht die so genannte „Verfassungspartei“ gegenüber, die für eine strikte Einhaltung der Verfassung und folglich für die pünktliche Ablösung Putins im März 2008 eintritt. Putin selbst hat sich stets als Anhänger dieser Richtung geriert. Unterdessen hat sich gezeigt, dass sich die „Operation Nachfolger“, so wird

das allgemein in Russland genannt, weitaus schwieriger anlässt, als es sich Putin wohl selbst vorgestellt hat. Die Operation wird geradezu zur Zerreißprobe der gelenkten Demokratie und das ist nicht verwunderlich, denn mit dem Wechsel in der Präsidentschaft wird der Schlussstein dieses halb autokratischen, halb oligarchischen Systems beseitigt. Tatsächlich wird dieses Zwittergebilde nur durch Putins persönliche Autorität nach außen wie nach innen zusammengehalten und nur seine große Popularität erlaubt es Putin, die doppelte Rolle eines plebiszitären Staatsoberhauptes und eines umsichtigen Schiedsrichters in der disparaten Kremloligarchie zu erfüllen.

Nichtsdestotrotz sind schon konkrete Schritte in Richtung Stabübergabe erfolgt. Seit September 2007 tat sich geradezu Erstaunliches. Es wurde ein neuer Premierminister bestellt. Putin kündigte an, Sie sagten es schon, er würde für das „Einige Russland“ kandidieren am 2. Dezember und vielleicht den Regierungsvorsitz übernehmen. Kurz darauf brach ein offener Krieg zwischen zwei Organen der Sicherheitsdienste

aus, nämlich zwischen dem FSB, dem Nachfolgeorgan des KGB, und der staatlichen Drogenpolizei. Es schwankte und krachte offenkundig schon gewaltig im oligarchischen Gebälk des Systems und nur dank präsidentieller Handsteuerung wurden die Risse im System fürs erste wieder gekittet.

Ich gehe jetzt auf die verschiedenen Etappen und Szenarien in der „Operation Nachfolger“ ein. Diese Geschichte besticht durch ihre abwechslungsreiche Dramaturgie. Sie folgt sichtlich nicht einem festen Spielplan, sondern eher dem Prinzip von Probe und Irrtum und der immer wieder handgesteuerten Korrektur des Verfahrens. Den Anfang bildete der vom Kreml kontrollierte Paradelauf zweier inoffizieller Kandidaten, des heute Ersten Vizepremiere Dmitrij Medwedjew und des zweiten Ersten Vizepremiere Sergej Iwanow. Als sich die Profile der beiden immer mehr angleichen, verkam der simulierte Wettbewerb vollends zur Farce. Sie offerierten ein Höchstmaß an Harmonie und Brüderlichkeit, als sie im Juli 2007 bei einem Sommerlager von „Naschi“ eingeladen wurden und dort befragt

wurden. Hier standen sie nicht an, von ihren ganz ähnlich gelaagerten Interessen und selbst von den Vorlieben für eine bestimmte Rockmusik, ich glaube sie nennt sich Red Purple oder so ähnlich, eine britische Rockband, zu schwärmen. Und zuletzt kehrten sie nur ihre unterschiedlichen Vornamen, also Dmitrij und Sergej, als ihr wesentliches Unterscheidungsmerkmal heraus. Dies zeigt, dass es den Kandidaten nicht erlaubt und nicht möglich ist, in einer gelenkten Demokratie politisch individuell Flagge zu zeigen. Nachdem Sergej Iwanow, Sie kennen ihn als Verteidigungsminister, in Umfragen des Spätsommers die Nase vorne hatte, sah man in ihm den wahrscheinlichen Nachfolger Putins. Diese Annahme wurde für viele zur absoluten Gewissheit, als am 12. September die seriöse Zeitung „Wedomosti“ meldete, Premier Fradkow trete zurück und Iwanow sei sein designierter Nachfolger. Es hat sich mittlerweile herausgestellt, dass diese Nachricht eine gezielte Desinformation aus der Präsidialadministration war. Aber selbst gesotene Kremlauguren erlagen der Vorstellung, in Analogie zum

Machttransfer von Jelzin auf Putin, avanciere nun Sergej Iwanow zum neuen Premierminister und folglich zum Favoriten auf die Nachfolge im Präsidentenamt. Die Überraschung war allseits groß, als stattdessen kurz nach der Entlassung Fradkows der völlig unbekannte Viktor Subkow als Kandidat für den Regierungsvorsitz benannt wurde. Das von Jelzin erprobte Muster der Stabübergabe kam also nicht zum Zuge. Die Nominierung Subkows löste allgemeine Verwirrung aus. Zu allererst mussten sich die Dumaabgeordneten auf den Neuling einstellen, denn sie mussten ja seine Kandidatur bestätigen. Doch die in der gelenkten Demokratie hervorragend gedrillten Parlamentarier fanden sich rasch mit dem Nominierungsvorschlag ab. Sie votierten für Subkow mit einer überwältigenden Mehrheit; die bisher größte Mehrheit, die je ein Ministerpräsident erhalten hat. Und darüber hinaus überboten sie sich in Lobpreisungen auf Subkow, der im Alter von 66 Jahren auf eine klassische Karriere in sowjetischen Ämtern zurückblickt und der zuletzt in Putins Russland die Finanzauf-

sichtsbehörde leitete.

Der Kotau der Duma vor Subkow, der so manchen an einen jungen Breschnew erinnerte, war ein krasses Beispiel für die servile Haltung der Abgeordneten und überhaupt dafür, in welchem Maße jeder Wille zum politischen Widerspruch in Putins gelenkter Demokratie abgetötet worden war. Putin folgte mit der Platzierung eines alten Vertrauten aus der Petersburger Stadtverwaltung einmal mehr dem Prinzip der persönlichen Loyalität, anstatt eine bekannte Führungspersönlichkeit zu rekrutieren. Dieses Vorgehen, das über die Jahre hin eine eher negative Selektion des gesamten staatlichen Führungspersonals begünstigt hatte, bot in diesem konkreten Fall ganz besondere Vorteile, denn Subkow konnte für Putin die Funktion eines doppelten Platzhalters erfüllen. Einmal im Präsidentenamt, zum anderen im Amt des Ministerpräsidenten. Die Vorstellung, der neue Ministerpräsident könne ein möglicher Kandidat für das höchste Staatsamt sein, erhielt noch am Tag seiner Bestallung erste Nahrung, insofern Subkow gegenüber Reporterfragen eine mögli-

che Bewerbung auf das Präsidentenamt bejahte. Putin selbst bestätigte diese Option in einem Gespräch mit westlichen Russlandexperten. Putin sprach dabei von fünf bis sechs potentiellen Kandidaten und er schloss Subkow mit viel Lob in diese Riege ein. Damit war eine Perspektive auf eine mögliche Platzhalterschaft Subkows im Präsidentenamt eröffnet. Das einschlägige Szenario bestünde darin, dass Subkow mit Unterstützung Putins siegreich aus den Präsidentenwahlen hervorgehe und dann früher oder später, vielleicht aus gesundheitlichen Gründen, mit 66 Jahren, die Stelle wieder für den dann zu wählenden Putin frei gäbe. Subkow könnte allerdings als Übergangspräsident für die ganze Amtszeit von vier Jahren dienen und 2012 den Stab an Putin zurückreichen. Welche Vorzüge bringt Putins neuer Premierminister und möglicher Präsidentenanwärter für die Rolle eines getreuen Eckehart mit sich? Tatsächlich kommt Subkow dem Modell des „dritten Mannes“ sehr nahe; das ist ein Kadidentypus, von dem schon länger die Rede ist. Als Alternative zu den

beiden halboffiziellen Kandidaten Medwedjew und Sergej Iwanow. Ein Idealtyp eines Kandidaten, der möglichst keiner der informellen Kremlgruppen angehört und der zudem möglichst über keine eigenen nennenswerten finanziellen Ressourcen verfügen sollte; schon um eine etwaige erneute Umverteilung von Eigentum im großen Stil zu verhindern. Als Subkow ins öffentliche Rampenlicht trat, erhielt die Ausschau nach einem solchen neutralen Dritten ein erstes mögliches Gesicht. Fasst man die weiteren personalpolitischen Neuerungen noch vor, während und nach der Regierungsumbildung ins Auge, so tritt Subkows Berufung keineswegs als isolierter Schachzug entgegen. Vielmehr war Subkow nur einer unter einer ganzen Reihe von Spitzenbeamten aus dem Milieu der Finanzaufsicht, die Putin in jüngerer Zeit in hohe Staatsämter gebracht hatte. Zu den Vorteilen der neuen Kohorte gehörte, dass sie nicht nur loyale Gefolgsleute Putins, sondern darüber hinaus ex officio Kontrolleure der im Kreml beherrschten Unternehmerbürokraten und deren Finanztransaktionen

waren. Damit gelangten die Neuen mit einem erheblichen persönlichen Kapital in ihre Kommandopositionen. Ein Kommentator brachte den jüngsten personalpolitischen Trend ganz folgerichtig auf die Formel, dass sich Putin von der Rekrutierung der „Petersburger Tschekisten“ abgewandt und den „Petersburger Fiskalisten“ zugewandt habe. Jedenfalls gelang es dem Präsidenten, neutrale Puffer zu platzieren zwischen seine rivalisierenden informellen Kremlgruppen.

Um seine Machtposition gegenüber diesen noch weiter zu stärken, setzte Putin mit seiner nächsten Aktion alles auf die plebiszitäre Karte. Am 1. Oktober erklärte er sich auf dem Parteitag des „Einigen Russland“ bereit, die Parteiliste für die Dumawahlen anzuführen. Zugleich bezeichnete er es bei der Gelegenheit als einen „realistischen Vorschlag“, an die Spitze der Regierung zu treten. Er knüpfte dies an zwei Bedingungen, nämlich an den Sieg des „Einigen Russland“ in den Dumawahlen und an die mögliche Zusammenarbeit mit dem neuen Präsidenten; einem, wie er sagte,

„tunlichst anständigen, arbeitsfähigen, effizienten und modernen Menschen“. Boris Gryslow, der Parteivorsitzende des „Einigen Russland“, übrigens natürlich auch ein guter alter Freund von Putin, bzw. er gehört zu dem Typus des „Freundes der Freunde“, hat nur kurz vor dem Ereignis Kenntnis von dem großzügigen Angebot des Präsidenten, die Parteiliste anführen zu wollen, erhalten. Die Zeit reichte gerade für die nötigen Regieanweisungen an einige Parteitagsdelegierte aus. Diese sollten den Präsidenten auf offener Bühne untertänigst um die Gunst seiner Kandidatur bitten. Dies geschah dann auch, und zwar streng nach klassisch sowjetischem Vorbild.

Auf den ersten Blick wirkte die von Putin gezeigte Bereitschaft, das bestellte Ansuchen, „dankbar“ entgegenzunehmen, und sogar den Regierungsvorsitz in Betracht zu ziehen, als glaubhafte Geste. Übrigens war ein ähnliches Szenario, also der Platzwechsel vom Präsidenten auf den Sitz des Ministerpräsidenten, schon lange diskutiert worden. Putin als starker Ministerpräsident im Tandem mit

einem schwachen Präsidenten, zudem das „Einige Russland“ als die nun endlich real regierende Partei? Eine solche Konstellation könnte den überfälligen Übergang zu einer modernen Parteiendemokratie mit verantwortlichem Ministerkabinet und einem erstarkten Parlament durchaus bewerkstelligen. Selbst die Verfassungslegalität bliebe gewahrt.

Der ernsthaften Realisierung des in der Verfassung angelegten semipräsidentiellen Regimes stehen allerdings heute mehr denn je schier unüberwindbare Hindernisse entgegen. So fehlt sowohl ein tragfähiges Mehrparteiensystem als überhaupt der Wille, eine Parteiendemokratie zur Entfaltung zu bringen. Die momentane Attraktivität eines bloßen Amtswechsels rührte von der verbreiteten Wunschvorstellung her, Putin könne so als Ministerpräsident auf unabsehbare Zeit an der Spitze der Regierung stehen. Während dies unmittelbar nach dem Überraschungscoup von vielen Kommentatoren so gesehen wurde, breitete sich bald eine deutliche Skepsis gegenüber diesem Szenario aus. Diese Skepsis ist nicht

unbegründet, denn gerade in einem eingespielten autoritären System sind die Risiken für eine sinnvolle Ko-Existenz von Kabinettschef und Staatsoberhaupt beträchtlich. Immerhin verbleibt beim Staatsoberhaupt der Oberbefehl über die Armee und die Leitung der Außenpolitik. Außerdem kann der Präsident den Ministerpräsidenten nach Belieben entlassen. Putin selbst sprach sich bald gegen dieses Szenario aus; er sagte, es wäre nicht gut, dem Ministerpräsidenten zuviel Kompetenzen zuzuweisen und den Präsidenten zu schwächen. Auf dem kürzlichen Treffen mit der EU lehnte er das Szenario als unzutreffend und als nicht vorstellbar ab. Andererseits zeigte sich Putin plötzlich an einem starken Parlament interessiert. Allerdings trägt sein Vorstoß, für das „Einige Russland“ zu kandidieren, nicht zur Stärkung des Parlaments bei, ganz im Gegenteil. Denn Putins Kandidatur wird die Stimmenzahl für das „Einige Russland“ so anschwellen lassen, dass für andere Parteien in der Duma kaum noch Platz sein wird. Es wird zur Zeit darüber gerätselt – es gibt eine Sieben-Prozent

Hürde – ob und in welchem Ausmaß die Kommunisten den Sprung in die Duma schaffen werden. Die zweite Kremlpartei „Gerechtes Russland“ – sie wurde ja extra kreiert, um eine Alternative zum „Einigen Russland“ zu bieten – hat fast kaum noch Chancen, in die Duma zu kommen. Dann gibt es noch Schirinowskis so genannte „Liberaldemokratische Partei“. Er hat immerhin als großen „Gag“ gleich nach sich selbst Andrej Lugowoj auf seine Parteienliste gestellt. Sie wissen, Lugowoj, der von Scotland Yard des mutmaßlichen Mordes an Litwinenkow bezichtigt wird. Offenkundig erhofft sich Schirinowski damit einen besonderen Bonus. Das passt in die allgemeine anti-westliche Stimmung im Lande. Aber noch ist ein bisschen offen, wie die Wahl wirklich ausgehen wird. Tatsächlich hat Putin – es war davon schon die Rede – mit seinem Wunsch, über die Kandidatur für das „Einige Russland“ indirekt ein weiteres Plebiszit für seine Person einzuholen, der Entwicklung des Parteiensystems in Russland schweren Schaden zugefügt, denn für die Wähler

geht es nicht darum, unterschiedlichen Parteien ihre Stimme zu geben, sondern Putins Führungsanspruch durch Millionen von Stimmen Geltung zu verschaffen. Wie wenig sich Putin tatsächlich für Parteien als Träger des gesellschaftlichen Willens erwärmt, zeigt sich schon daran, dass er weiterhin jede Parteimitgliedschaft für sich ablehnt. Parteichef Gryslow stört sich nicht daran. Er redet vielmehr der nationalen Führung Putins das Wort, wenn er sagt, ich zitiere: „die anstehenden Wahlen sind kein Kampf unter Parteien um Mandate, sondern ein landesweites Referendum zur Unterstützung von Putin“. Gryslow gibt sich sicher, dass Putin Führer Russlands bleiben werde, denn, nochmals Zitat: „die Außenpolitik ist auch die Politik ihrer Führer. Das heutige Russland ist Putin. Ein Russland ohne Putin ist ein Russland ohne Führung, ein Russland ohne Willen, ein Russland als Beute“. Gryslow und Putin buhlen also gemeinsam um einen Sieg Putins und nebenher um Stimmen für das „Einige Russland“. Gryslows Betonung, dass Russland ohne Putin eine „Beute“ in der Welt-

politik sei, trifft sich mit dem stark anti-westlichen, feindselig und martialisch ausgerichteten aktuellen außenpolitischen Kurs des Präsidenten. Fraglos ruht Putins hohes Ansehen gerade darauf, dass die von ihm so erfolgreich bediente Großmachtidee Früchte trägt und den Bürgern Russlands wahre nationale Hochgefühle vermittelt. Auch dies wird sich im neuen Plebiszit für Putin bezahlt machen. Das Staatsoberhaupt braucht seinerseits die plebiszitäre Ressource in erster Linie dazu, um den während der heiklen „Operation Nachfolger“ unruhig gewordenen oligarchischen Klans machtvoll entgegenzutreten. Und wie dringend Putin als effizienter Schlichter gebraucht wird, brachte eine, ich habe es schon erwähnt, unter den „Tschekisten“, den „Silowiki“, ausgebrochene öffentliche Schlamm-schlacht an den Tag. In der Tageszeitung „Kommersant“ vom 9. Oktober griff der Leiter der Drogenpolizei, Viktor Tscherkessow, die aus seiner Sicht kriminelle Einmischung des FSB, also KGB, in die Tätigkeiten der Drogenpolizei scharf an. Tscherkessow beklagte ungerechtfertigte

Verhaftungen seiner engsten Mitarbeiter und warf im Übrigen dem FSB im großen Stil Korruption und Vorteilsnahme vor. Nach weiteren Angriffen, diesmal vom FSB auf die Rechnungskontrollkammer, sah Tscherkessow schon, ich zitiere, „einen Krieg aller gegen alle“ am Werk. Putin bedauerte, dass der Konflikt in die Medien anstatt vor die Justiz gelangt sei. Er bügelte fürs erste den Streit zwischen FSB und Drogenpolizei aus, indem er diesem, also der Drogenpolizei, vergleichsweise schwächer gestellten Organ, zum Ausgleich ein neues staatliches Komitee übertrug. Gegenseitige Anschuldigungen zwischen den Sicherheitsorganen setzten sich unterdessen live wie eine Krimiserie fort. Auch wenn die jeweils beteiligten neuen Unternehmerbürokraten und alten Oligarchen im Hintergrund bleiben, reichen die an die Öffentlichkeit gelangten Konflikte aus, um den wenig stabilen Charakter des Systems Putin für Jedermann sichtbar zu machen. Fest steht, dass die Sicherheitsorgane, ob im Streit miteinander oder in solidarischer Front, in der russischen Politik übermäßig

dominieren. Es gibt einschlägige soziologische Untersuchungen, die zeigen, wie viele Geheimdienstler und auch Militärs in hohe und höchste Verwaltungsstellen aufgerückt sind. Angesichts der generellen Schwäche der staatlichen Institutionen wäre, so müsste man denken, in der Tat eine zumindest zeitweilige kollektive Führung von Nöten, um gerade diese Kräfte unter Kontrolle zu bringen. Wenn Putin nach dem sicheren Wahlsieg des „Einigen Russland“ als Abgeordneter ins Parlament ginge, und zugleich die Rolle des Dumasprechers übernehme, würde die Aufsicht über die Regierung gestärkt. Zudem könnte er gemeinsam mit dem neuen Präsidenten die Silowiki überwachen. Der richtige Platz dazu wäre, wie so manche Kommentatoren – und ich auch – meinen, der Nationale Sicherheitsrat, der seinem Ruf eines Bollwerks und einer Oberregierung für unsichere Zeiten unter Jelzin wie in Putins erster Amtszeit stets gerecht geworden ist. Putin und seine Mitstreiter ergehen sich gerne in nostalgischen Vergleichen der Putin-Ära mit der Epoche des amerikanischen

Präsidenten Franklin Delano Roosevelt, der die USA dank vier aufeinander folgender Amtszeiten über wirtschaftliche Krisenzeiten hinwegsteuerte. Die Gleichsetzung dient dazu, entsprechende Verlängerungen der Amtszeit Putins im instabilen heutigen Russland zu rechtfertigen. Allerdings ist Russlands Systemkrise in erster Linie das hausgemachte Erbe der Präsidentschaft Putins. Sie resultiert aus den durchweg ausgehöhlten Verfassungseinrichtungen, dem abgetöteten politischen Wettbewerb und den rivalisierenden informellen Klanstrukturen. Am Ende der Ära Putin wird überdeutlich, dass die ominöse Machtvertikale mehr Mythos als Realität ist, während die politische Herrschaft in den Händen einer undurchsichtigen und inkohärenten Oligarchie liegt, der sie nur schwer zu entwenden ist.

Um eine vorschnelle Regruppierung innerhalb des Elitenkartells aufzuhalten, redet Putin – das sind die jüngsten Entwicklungen – zusammen mit der Führung des „Einigen Russland“ einer so genannten „Neukonfiguration der Macht“ das Wort. Anfang

November propagierte das „Einige Russland“ zu dem Zweck die Einführung der Institution eines „nationalen Führers“, der als Garant der Volksmacht auftreten sollte. Der „nationale Führer“ – man verwendet nicht das Wort „woschd“, das war Stalin – heute spricht man vom „leader“. Das englische Wort „leader“ ist vollkommen in den russischen Sprachgebrauch übernommen worden. Dieses jüngste Szenario für Putins Verbleib an der Macht erscheint inspiriert von der Einsetzung der Romanow-Dynastie im Jahr 1613. Damals berief eine Volksversammlung den jungen Bojaren Michail Romanow auf den Zarenthron und in einem heute im ganzen Land verbreiteten Film über diesen, für die Konsolidierung der Macht Moskaus so wichtigen Vorgang, wird die Vorstellung von Putin als „Volkszar“ und „Retter des Landes“ bedient. Mit den Romanows endete die Zeit der „Smuta“, der Wirren, das ist der Gedanke. Bei der historischen Analogie ließen sich die Planer der mit der Verfassung natürlich vollkommen unvereinbaren Position eines nationalen Führers wohl auch von der Vorstellung leiten, dass

diese Führungsfigur einer, wie man sagt, „parallelen Hierarchie“ angehören würde, parallel zu den staatlichen Ämtern, so dass Putin nicht in eine direkte Konkurrenz zu dem neuen Präsidenten geriete.

Ich komme allmählich an das Ende meines Referats und ich hoffe, es wird sichtbar, dass im Grunde immer hektischer und nervöser immer mehr Szenarien gesucht werden, die eigentlich gar nicht machbar sind für die Stabübergabe. Ich habe keine eindeutigen Zukunftsprognosen. Wir müssen den 3. Dezember abwarten, danach tut sich vielleicht wieder etwas Konkretes. Grundsätzlich wäre davon auszugehen, dass, sollte ein Kompromiss unter den Kremloligarchen über einen potentiellen Nachfolger zustande kommen, dieser in den Wahlen im März 2008 mit Sicherheit den Sieg davon tragen würde. Der Auserwählte könnte ein Anwärter auf die Präsidentschaft aus eigenem Recht sein, keineswegs ein Oppositionspolitiker, die sind vollkommen ohne Chance. Es müsste schon jemand aus der Entourage Putins sein, hier gibt es mehr oder weniger schwache

und angepasste Typen, aber auch eher gestandene Figuren. Es könnte so jemand sein wie tatsächlich Sergej Iwanow, oder Wladimir Jakunin, der Chef der Russischen Eisenbahnen – er hat eine hohe Autorität in Russland – oder es könnte auch Sergej Tschemesow sein, der Leiter des größten Rüstungsexportunternehmens. Ich könnte noch mehrere Namen nennen und wir sind vor Überraschungen ohnehin nicht gefeit. Würde dieses Szenario eingeschlagen, dann gäbe dies bestimmt Anlass zu Revirements im oligarchischen Machtkartell. Sollte der Kompromisskandidat nur Platzhalter für den wiederkehrenden Putin sein, so wäre gewiss Viktor Subkow eine passende Figur.

Ich sagte schon, die nächsten konkreten Schritte sind nach dem Ausgang der Dumawahlen zu erwarten. Sollte das Plebiszit für Putin dabei satte 70 Prozent überschreiten oder an die 80 Prozent herankommen, dann könnte das Votum als vorgezogene Präsidentenwahl ausgelegt werden. Ein parallel zu den Wahlen handgesteuertes Volksbegehren würde den Druck seitens der Gesellschaft weiter

erhöhen. Tatsächlich ist bereits seit wenigen Tagen eine ganz neue nationale Bewegung ins Leben getreten; sie nennt sich „Sa Putina“ – „für Putin“, eine Bewegung und viele Demonstrationen landesweit. Das gab es schon einmal, das wurde dann von der Administration praktisch eingedämmt, zurückgerufen. Jetzt sind die Demonstrationen wieder da. Ein Massentreffen der Unterstützer Putins soll am 12. November, also übermorgen, in der Stadt Twer, gleichsam als „Romanow-Szenario“, über die Bühne gehen; also eine Volksversammlung, die den Kandidaten bittet, doch zu bleiben.

Als Reaktion auf all diese Manifestationen des Volkswillens könnte Putin das Abrücken von seinem Versprechen, die Verfassung einzuhalten, mit dem legitimen Respekt gegenüber dem Volkswillen begründen. Tatsächlich sehen viele Bürger in der Verfassung nicht irgendein Dokument, sondern vielmehr den Willen der Nation, und die Nation will Putin zum Präsidenten. Rein technisch gesehen wäre eine Verfassungsänderung rasch durchzuführen. Die nötigen Mehrheiten sind verfügbar. Was

braucht es? Zwei Drittel der Stimmen in der Duma, drei Viertel im Föderationsrat und zwei Drittel in den regionalen Parlamenten; diese Mehrheiten stehen parat. Mit der Verfassungsrevision, so sie denn käme, wäre das legalistische Minimum erfüllt. Die Idee einer Verfassung, die Macht begrenzt – und das ist ja die Grundidee jeder demokratischen Verfassung – die wäre dann allerdings auf den Kopf gestellt.

Ich bin fürs Erste am Ende. Bitte kreuzigen Sie mich nicht, wenn dann doch noch ein anderes Szenario auftaucht. Dankeschön.

Nachwort zum Akademiegespräch vom 13. November 2007

Die Dumawahlen vom 2. Dezember 2007 haben dem „Einigen Russland“ die angestrebte verfassunggebende Mehrheit von zwei Dritteln der Mandate beschert und damit die nötigen Spielräume geschaffen, um eine „Neukonfiguration der Macht“ gesetzlich abzusichern. Das mit den Wahlen zugunsten des „nationalen Führers“ Putin eingeforderte Referendum fiel

indessen mager aus, denn bei einer Wahlbeteiligung von 60 Prozent und einem Votum von 64 Prozent reduzierte sich die Zustimmung letztlich auf ein Drittel der Wahlbürger. Dies zeigt, dass die Identifikation mit dem beliebten Präsidenten keineswegs mit der Akzeptanz der bürokratischen Mehrheitspartei zusammenfällt.

Als Putin am 10. Dezember überraschend den Ersten Vizepremier Dmitrij Medwedjew als den offiziell von vier Parteien vorgeschlagenen Wunschkandidaten für die Nachfolge im Präsidentenamt der Öffentlichkeit präsentierte, wurde praktisch das zuvor gehandelte „Subkow-Szenario“ – nur eben mit Medwedjew – aufgelegt. Es beinhaltet sowohl die Platzhalterlösung als auch das Modell einer kollektiven Führung bzw. eines Tandems des ausgehenden und des voraussichtlichen neuen Präsidenten. Diese Perspektive erhärtete sich, als Medwedjew unverzüglich an Putin appellierte, im Falle seiner Wahl den Regierungsvorsitz zu übernehmen und sich dieser daraufhin grundsätzlich dazu bereit erklärte; dies ungeachtet seiner vorherigen Distanzierung von

dieser Variante. Auch wenn die konkrete Rollenverteilung in einem Regierungst tandem Putin/Medwedjew nicht klar absehbar ist, dient die Propagierung des Szenarios jedenfalls dazu, den Erfolg Medwedjews bei den Präsidentenwahlen sicherzustellen.

Es ist davon auszugehen, dass sich Medwedjew nach seiner Wahl bemühen wird, nach und nach Personen seines Zuschnitts in das herrschende Machtkartell auf Kosten der Geheimdienstler einzuschleusen und so eine neue Liberalisierung der russischen Politik anzubahnen.

Auszüge aus der Diskussion

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter

Liebe Frau Mommsen, herzlichen Dank. Es kommt in diesem Hause selten vor, dass ungeteilter Beifall von allen Seiten erschallt. Das haben Sie sich redlich verdient durch intensive Übungen in einer Kunst, die wir vor Jahrzehnten Kreml-Astrologie genannt haben. Ich hätte auch nie gedacht, dass diese Kunst wieder so wichtig werden könnte oder noch wichtiger als vorher, denn manches ist in einer gescheiterten Diktatur und in einer handgesteuerten Demokratie ja doch vorhersehbar. Alle Staatsminister müssen vor Freude in ihren Sitzen wippen, denn in einer handgesteuerten Demokratie wird halt sehr vieles handgesteuert und nichts ist vorhersehbar. Ich weiß nicht, ich habe mir unterwegs überlegt, ob ich hier mit dem Witz auftreten darf: Nach Ihrem Referat verstehe ich, warum Putin sich so sehr in das bayerische Parteiensystem vergafft hat – aber ich behalte diesen Witz lieber für mich. Feuer frei! – Wir haben vieles gelernt über autokratische Strukturen, über oligarchische Strukturen von Netzwerken, über Ungewiss-

heiten und doch auch über die Tatsache, dass man vor Überraschungen nicht gefeit ist. Aber am Ende der Überraschung bleibt Putin übrig – scheint mir.

Frage:

Ich bin Internist in Tutzing, nahe bei der Politik. Frau Prof.

Mommsen, Sie haben bewusst oder unbewusst die Rolle des Militärs in so einem Staatswesen gar nicht berührt. Es wäre ja interessant, ob es da Regulatorien über diesen Weg noch gäbe, auf die wir hoffen können.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter:

Also, die Frage wäre so pressant, dass ich sie eigentlich gerne extra beantwortet wüsste, bevor wir sammeln.

Prof. Dr. Margareta Mommsen:

Die Rolle des Militärs ist in dem politischen System den Sicherheitsorganen nachgeordnet. Die zentralen Akteure sind die Silowikisten und das Militär am Rande, ja. Aber das Militär hat keine eigenständige Machtposition, das war auch nicht so in der Sowjetunion.

Die alte Sowjetunion und das

heutige Russland sind insofern nicht südamerikanischen Diktaturen ähnlich oder die Vorstellung, dass das Militär sich selbstständigen könnte, ist nicht begründbar. Das Militär spielt natürlich eine Rolle im Zusammenhang mit der Außen- und Sicherheitspolitik und die Militärvertreter, zum Beispiel der Generalstaatschef Balujewski, sind in der vordersten Front, wenn es darum geht, etwa gegen die Pläne der Amerikaner in Polen und in Tschechien militärische Infrastruktur aufzubauen anzugehen; auch natürlich gegen die Osterweiterung der NATO. Aber das ist kein Dissens zwischen den politischen Akteuren, den Silowiki und den Militärs. Die Militärs, die Armee hat ihre eigenen Riesenprobleme. Das gilt vor allem für die sozialen Verhältnisse in der Armee. Aber die Armee, das Militär, ist kein eigenständiger Faktor in der russischen Politik.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter:

Ich bleibe jetzt mal unten, nachdem in Russland sich alles oben abspielt, und dann gehe ich nach oben.

Frage:

Unter Breschnew begann die Korruption im familiären Umfeld. Gorbatschow hat dem entgegen-gesteuert, unter Jelzin ist die Korruption förmlich explodiert. Wie ging Putin mit diesem Erbe – mit der Korruption – um?

Prof. Dr. Margareta Mommsen:

Unter Putin ist die Korruption noch unermesslich mehr ange-stiegen und das wird auch von Putin selbst und von weiteren hochrangigen Akteuren einge-räumt. Man weiß nicht, wie man dieses Problems Herr werden soll. Es ist ein gravierendes Problem der gesamten Gesellschaft und des gesamten staatlichen Apparats, das wird eingeräumt. Putin hat wiederholt in seinen Botschaften an das Parlament in allen Reden gesagt, er konnte dieses Problems nicht Herr werden. Das liegt natürlich daran, dass es keine unabhängige Justiz gibt und die Generalstaatsan-waltschaft eigentlich auch das macht, was im Kreml beschlos-sen wird. Man hat jetzt neuerdings ein neues Untersuchungskomitee eingerichtet, praktisch innerhalb der Generalstaatsanwaltschaft,

damit die sich gegenseitig kon-trollieren und vor allem, um der Korruption Herr zu werden. Es scheint nicht zu gelingen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Ober-reuter:

Die neue staatsrechtliche Denk-figur ist die Aktion zur Einheit aller Gewalt. Es unterscheidet sich doch noch gewaltig von Ba- yern, muss ich sagen.

Frage:

Militär, Korruption, dann ist jetzt wohl die Wirtschaft dran. Das ist meine Frage: Wie beurteilen Sie den doch augenscheinlichen Er-folg der russischen Wirtschaft über Jahre hinweg im Kontext mit eben diesem System, was uns ja nicht gerade glücklich macht. Die osteuropäischen Bör-sen, angeführt von der Börse in Moskau, sind ja nun anhaltend erfolgreich, und wie schätzen Sie diesen erkennbaren Erfolg ein im Kontext mit den möglichen Än-derungen, die es vielleicht doch im Zuge der Wahlen gibt. Ist Putin, ist dieses System, ein Ga-rant für eine stabile Wirtschaft? Wo sehen Sie Gefahrenpunkte, wenn sich dort etwas ändern sollte?

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter:

Würden Sie bei dieser Frage nach der Wirtschaft vielleicht auch einige Überlegungen anschließen, wieso von diesem wirtschaftlichen Erfolg so wenig bei der Bevölkerung ankommt?

Prof. Dr. Margareta Mommsen:

Generell sind die makroökonomischen Daten ganz gut. Das Wirtschaftswachstum liegt jährlich bei nahezu sieben Prozent. Der Lebensstandard der Menschen hat sich deutlich verbessert. Gegenüber Anfang der 90er Jahre sind die Familieneinkommen um das Zweieinhalbfache gestiegen. Die Armutsgrenze ist auf ungefähr 15 Prozent der Bevölkerung, also Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, gesunken. Da hat sich generell viel getan. Russland hat vorzeitig seine Auslandschulden zurückbezahlt. Das Land schwimmt in Petrodollar, das kann man nicht anders sagen. Auch aus diesem Grund, somit komme ich auf Ihre Frage zurück, wurden die so genannten nationalen Projekte ins Leben gerufen. Dazu wurde Dimitri Medwedjew, der einer der ersten inoffiziellen Kandidaten

war, mit nationalen Projekten betraut. Das ist die grundlegende Verbesserung in der Wohnungspolitik, in der Landwirtschaftspolitik und in der Bildungspolitik. Dafür ist ziemlich viel Geld mobilisiert worden. Es zeigt sich nur, dass strukturell das sehr schwer zu realisieren ist. Ich würde sagen, der gute Wille ist da, es ist nur schwer direkt umzusetzen.

Um übrigens noch ein Wort zu Medwedjew zu sagen und zu der Frage, wie wären die Entwicklungen, wenn jemand anderer als Putin zum Zuge käme, zum Beispiel Medwedjew. Er gehört dem wirtschaftsliberalen Flügel an. Er – das zeigte sich voriges Jahr – wird unterstützt vom industriellen Verband, immerhin ein mächtiger Verband. Er wird unterstützt von der Juristenorganisation, er ist Jurist, er gilt als Reformierender und als Wirtschaftsliberaler. Man könnte sich gut vorstellen, sollte Medwedjew eine Chance erhalten, zunächst die Heilige Ölung von dem Kreml-Oligarchat zu erhalten und dann natürlich die Wahlen zu gewinnen, dann wäre eine deutliche Liberalisierung zu erwarten in der Politik und auch

in der Wirtschaft, und eine Rücknahme der starken Tendenz neue Staatsunternehmen zu schaffen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter:

So, jetzt schaue ich nach oben. Sind Sie so nett und gehen von Ihnen aus gesehen nach links.

Frage:

Von meinem Hintergrund als Wissenschaftshistoriker her dürfte Sie meine Frage nicht überraschen. Ich möchte aber vorausschicken, dass der lang anhaltende Beifall, den Sie erfuhren, doch deutlich macht, dass Sie ein Informationsbedürfnis der Hörerschaft, die Sie hier heute antrafen, in hohem Maße erfüllt haben und die Informationen, die Sie gegeben haben, beruhen auf Quellen.

Und hier komme ich zu meiner Frage: Sie haben in Ihrem Vortrag in einer Weise, also am Anfang und am Ende, russische Soziologen erwähnt, die aber als eine primäre Quelle nicht angesehen werden können. Sie haben dann auf das Internet und auf die Inseln in der Printpresse, die noch kritisches Potenzial haben,

verwiesen, die hier als Quellen dienen können. Ich nehme an, dass Sie auch auf andere Quellen, die Sie im Referat nicht erwähnt haben, zurückgegriffen haben und – was natürlich für einen Historiker wichtig ist – die Quellenkritik, das heißt die Frage nach der Zuverlässigkeit, die ja etwa bei Printmedien, die in einer handgesteuerten gelenkten Demokratie nicht sehr frei sind, sehr schwierig sein dürfte. Das ist in etwa meine Frage.

Prof. Dr. Margareta Mommsen:

Ich bin Ihnen sehr dankbar für diese Frage. Ich habe direkt darauf gewartet. Wie bewerkstelligt man einigermaßen seriös kremlastrologische Arbeit? Man muss sich ein Maximum an Informationen verschaffen. Ich lese jeden Tag mindestens zwei Stunden ein Internetprogramm, über das ich viele Informationen bekomme, das ist die Weltpresse und russische Presse und Internet in englischer Sprache. Ich habe auch original russische Quellen zusätzlich. Die kann ich mir auch über Internet beschaffen.

Wie lese ich die und was lese ich da? Ich lese sowohl regierungs-

kritische analytische Artikel oder einfache Beiträge – die lese ich mit besonderem Hochgenuss. Ich lese aber auch regierungskonforme Beiträge. Diese Informationen muss ich dann gegeneinander abwägen. Mir ist auch vollkommen klar, welche Presseorgane mehr oder weniger seriös sind. Das ist ein ganz wichtiger Faktor. Was hab ich dann noch verfügbar? Ich muss die Diskussionen zwischen den so genannten Polittechnologen genau verfolgen, das sind die neuen Politikberater, die vielfach über große Institute verfügen, wo sie selbst wiederum Informationen verarbeiten. Aber da kann man auch sehr genau unterscheiden, wo sind die regierungskritischen Polittechnologen und wo sind die so genannten kremlnahen Politikberater. Das muss ich nun auch beides aufnehmen und gegeneinander abwägen. Das ist auch eine wichtige Quelle. Und dann kommen auch persönliche Gespräche mit Kollegen in Russland hinzu, so oft das möglich ist. Soziologische Untersuchungen, Meinungsumfragen; tagtäglich gibt es diese. Da ist wiederum zu unterscheiden zwischen den kremlnahen Meinungsum-

frageinstitutionen und den kritischen. Ein herausragendes, neutrales und objektiv sehr wissenschaftlich arbeitendes Institut ist das sogenannte Levada-Institut, benannt nach Juri Levada, einem ganz hervorragenden Soziologen, der leider vor einem Jahr verstorben ist. Dann gibt es die kremlnahen Meinungsumfrageuntersuchungen, da sieht man schon, was die für Angaben die machen und das muss man jetzt wiederum sehr genau gegeneinander halten und sich dann seinen eigenen Reim daraus machen. Und natürlich wissenschaftliche Literatur, soweit solche überhaupt verfügbar ist, in entsprechenden wissenschaftlichen Zeitschriften im westlichen, russischen und amerikanischen Bereich etc. Ich glaube, das wesentliche habe ich beantwortet. Ich bin richtig süchtig auf meine Informationen und wenn mal das nicht klappt mit dem Computer, dann habe ich wahre Entzugserscheinungen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter:

Meine Damen und Herren, ich schaue nach rechts, ich schaue nach links, ich schaue nach

oben, ich schaue nach unten. Ich sehe Herrn Hasler, der zeigt irgendwohin.

Frage:

Ich habe eine Frage zur Gewaltentrennung. Und zwar ist mir bekannt, dass der russische Präsident gegen ein Gesetz Veto einlegen kann. Das ist so eine Art aufschiebendes Veto, das kann dann nur mit einer Zweidrittelmehrheit überstimmt werden und dasselbe kann auch der amerikanische Präsident. Also auch dort gibt es genau dasselbe aufschiebende Veto mit Zweidrittelmehrheit überstimmbare. Wenn man unter der Zweidrittelmehrheit des Kongresses in den USA bzw. zwei Kammern in Russland bleibt, dann tritt das Gesetz nicht in Kraft. Da frage ich mich: Ist das nicht gefährlich für die sogenannte klassische Gewaltentrennung, dass hier die Exekutive derart Einfluss hat auf die Legislative? Das wäre meine Frage.

Prof. Dr. Margareta Mommsen: Gewaltentrennung bzw. Gewaltenteilung gibt es in der gelenkten Demokratie per definitionem nicht. Das kommt gar nicht zum

Tragen. Putin brauchte noch nie ein Veto gegen ein Gesetz einzulegen. Das war gar nicht nötig. Jelzin hat das gemacht und das war ein schwieriger Konflikt, übrigens über das sogenannte Beutegesetz. Da spielte das noch eine Rolle, da gab es noch Konfrontationen zwischen Parlament, ich sagte schon vor allem Föderationsrat, und Präsident im heutigen Russland. Leider ist die Gewaltenteilung eingegeben worden. Auf der anderen Seite aber dieses Bestreben, sich als präsidentielles System zu definieren, da schaut man schon nach Amerika. Man schaut nach der Macht des amerikanischen Präsidenten, aber man übersieht tunlichst Checks and Balances und Gewaltenteilung.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter:

Vielen Dank. Ich habe nur den Eindruck, Frau Mommsen, dass manche der verfassungspolitischen Entwicklungen und Konsequenzen grundgelegt worden sind in einer Zeit, in der wir toleranter darauf geschaut haben. Einfach deswegen, weil es ein westliches Interesse gab, dass die Jelzin-Herrschaft erhalten

blieb. Und das erinnert mich fatal an zeitgeschichtliche Diskussionen über die Weimarer Republik, wo wir ja auch ein semipräsidentielles System hatten. Jetzt muss ich aufpassen, dass Herr Mommsen mir nicht in die Parade fährt. Worüber aber nun die Zeitgeschichtler in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts auf einmal eine große Diskussion losgetreten haben, ob es denn nicht doch sinnvoller gewesen wäre, Ende des Jahres 1932 die Verfassung zu übertreten und zu durchbrechen, um Hitler zu verhindern. Wobei die Illusion, dass man ihn dadurch hätte verhindern können, eine andere ist. Es ist uns auch aus der deutschen Verfassungsgeschichte der Gedanke nicht ganz unvertraut, dass man sein Urteil über eine bestimmte Zeit nach der eigenen normativen Orientierung bildet. Hält man sie für gut, will man sie unterstützen. Und Jelzins Erfolg wollten wir alle. Wir hatten eigentlich die Hoffnung, dass sich aus Jelzins Erfolg eine Stabilisierung dieses Systems in Richtung auf pluralistische Demokratie entwickelt. Das ist leider Gottes nicht eingetreten. Deswegen sind wir jetzt

so kritisch gegenüber der These „Putin ist Russland und Russland ist Putin“.

Prof. Dr. Margareta Mommsen:
Diese Stabilisierung ist nicht eingetreten, aber ich würde meinen, es sind eigentlich noch alle Wege zurück zu einer gelebten demokratischen Verfassung offen. Die Institutionen sind da. Das wäre durchaus zu machen; ich sehe da noch nicht aller Tage Abend. Natürlich, das Putin-Russland ist sehr viel selbstbewusster als das Jelzin-Russland. Das ist kein Wunder bei einem Preis für das Rohöl pro Barrel über 90 Dollar. Unter Jelzin und Gorbatschow war das sehr niedrig, das war natürlich auch ein Handicap für diese Systeme. Man hat diese Ansätze unter Jelzin jetzt verschüttet. Das heißt aber nicht, dass man nicht wieder zurückkehren könnte zur Demokratie. Die Verfassung ist vollkommen demokratisch, an der liegt es nicht, dass alles etwas aus dem Ruder geraten ist.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter:
Wie optimistisch sind Sie?

Prof. Dr. Margareta Mommsen:

Ich bin von Haus aus optimistisch, sonst könnte ich mich ja gar nicht mit Russland beschäftigen.

Prof. Dr. Dr. h.c. Heinrich Oberreuter:

Meine Damen und Herren, im Sinne der hier immer gelenkten Demokratie – handgesteuert – wissen Sie alle, dass ab neun Uhr draußen das Bier bereit steht und die frugale Atzung einiger Brezen, wenn ich das richtig sehe. Dazu darf ich Sie jetzt in Wahrnehmung der Geschäftsführung des Landtagsdirektors einladen mit einem herzlichen Dank an Ihre Aufmerksamkeit der Kreml-Astrologie gegenüber. Aber vor allen Dingen gebührt noch ein herzlicher Dank noch der Kreml-Astrologin, die in der Tat ein großes Informationsbedürfnis befriedigt hat. Manchmal kam es mir vor, dass Politologen, die aktuell in westlichen Demokratien arbeiten, Quellen gegenüber genauso kritisch und aufgeschlossen sein müssen wie Kreml-Astrologen. Herzlichen Dank und einen schönen restlichen Abend.